



Kirche und Politik

Der Glaube handelt, indem er glaubt

Gastkommentar
von ADRIAN M. BERGER

Der deutsche Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble äusserte in einer kirchlichen Zeitschrift sein Unbehagen: Er beobachtet eine einseitige Politisierung der evangelischen Kirche, «als gehe es in der evangelischen Kirche primär um Politik, als seien politische Überzeugungen ein festeres Band als der gemeinsame Glaube». Religion müsse, so Schäuble, «um politisch zu sein, erst einmal Religion sein».

Auch in der Schweiz meldet sich die Kirche öffentlich dann zu Wort, wenn es um politische oder ethische Themen geht. Wie soll den Migrationsströmen begegnet werden? Wie steht die Kirche zum Fortpflanzungsmedizingesetz? Was hält die Kirche von Reformen des Eherechts? Von der Kirche und von Kanzeln werden Richtlinien fürs menschliche Zusammenleben oder auch politische Stellungnahmen und Handlungsanweisungen verlautbart.

In Anbetracht der Komplexität dieser Themen und Probleme ist die Frage «Was sollen wir tun?» kaum verwunderlich. Die das Handeln betreffenden Unklarheiten sollen, so die gängige kirchliche Formel, im Rückgriff auf den christlichen Glauben geklärt werden, so als gebe es *den* christlichen Standpunkt, als sei der christliche Glaube fraglos als gegebene Grösse vorzusetzen.

Strittig sind die richtigen Antworten auf die politischen Fragen, strittig ist längst nicht mehr der Glaube selbst. Geht es aber nur noch um die Folgen für das Handeln, die aus der Religion zu ziehen sind, nicht mehr um die Religion selbst, so wird diese, wenn sie überhaupt noch zur Debatte steht, notwendig zu einer blutleeren, abstrakten Theorie, die erst und nur konkret wird im richtigen Handeln.

Politik und Ethik bedenken das Wirken des Menschen im Verhältnis zum Mitmenschen, zur Welt und zu sich selber. Der Mensch kommt als Handelnder, als Gestalter in den Blick; Politik und Ethik denken den Menschen als Handlungs-subjekt. Anders der christliche Glaube: Er bedenkt das Verhältnis Gottes zum Menschen und wie der Mensch vor Gott steht. Hier ist der Mensch Angesprochener, Adressat des Gottes, der sich zu ihm in Beziehung setzt; Theologie denkt Gott als Handlungs-subjekt.

Zur Sprache zu bringen, was Gott für die Menschenwelt tut, wie er ihr begegnet, sie bewahrt und bejaht, ist die primäre, unübertragbare Aufgabe der Kirche, und die Menschen auf Gott anzusprechen, indem sie ihnen zusagt, dass und wie

sie von Gott gesehen werden. Man geht gewöhnlich von der ethischen Unklarheit aus und versucht diese zu klären mithilfe biblischer Texte und des vorausgesetzten Glaubens. So wird der Glaube zu einer Theorie des Handelns, der Mensch zum Verwirklicher einer Theorie. Gottes Handeln wird abstrakt, weil es auf diese Weise nur noch als menschliches Handeln erscheint. Die Handlungs-subjekte, Gottesverhältnis und Weltverhältnis werden so nicht mehr klar unterschieden und vermischt; theologisch heisst das «Sünde», ethisch «Zerstörung».

Die einseitige Politisierung der Kirche geht nicht selten mit Unduldsamkeit gegenüber Andersdenkenden einher, so Schäuble. Wir alle können den ethischen Fragen nicht ausweichen. Es gilt, sie abzuwägen, und nicht selten erweisen sie sich als aporetisch. Aber gerade als Christenmenschen werden wir darauf verzichten, mit Lösungen aufzuwarten, für die wir religiöse Autorität oder Legitimation in Anspruch nehmen. Da mag der Papst noch so medienwirksam agieren, indem er einigen wenigen Menschen im Vatikan Audienz gewährt. Wer im Weihnachtslied singt: «Christus, der Retter, ist da!», sollte doch davon Abstand nehmen, die Welt retten zu wollen; solche masslosen, die eigene Begrenztheit negierenden Rettungsversuche endeten in der Geschichte oft im masslosen Unheil. Mehr noch als andere werden wir Christinnen und Christen uns unsere Hilf- und Orientierungslosigkeit eingestehen und mit aller Kraft und Liebe, die uns geschenkt sind, und im Wissen um unsere Endlichkeit an der Lösung ethisch-politischer Probleme mitwirken.

Was als Gebot der Nächstenliebe die Kirche spezifisch zu erfüllen hat, was sie den Mitmenschen in ihrer Reichweite nicht vorenthalten darf, ist die Botschaft der Liebe Gottes. Um sie können wir nur bitten, sie dürfen wir empfangen. Was der Kirche mangelt, ist das Vertrauen in die verwandelnde, neu schaffende Kraft des Heiligen Geistes, den sie erbittet und ansagt. Die Liebe Gottes, die göttliche Bejahung der Schöpfung und der Geschöpfe ist selbst die grösste Tat, ist das konkrete Geschehen, in welchem die Welt sich verwandelt, nämlich die kleine Welt, die ich selber bin. «Glaubst du, so hast du; glaubst du nicht, so hast du nicht» (Martin Luther). Oder um es in Anlehnung an eine Formulierung Martin Heideggers, der Luthers Theologie genau studiert hat, zu sagen: Der Glaube handelt, indem er glaubt.

Adrian M. Berger ist reformierter Theologe und arbeitet als Pfarrer in Wallisellen.

Fussball und Demokratie

Spiegel des Volkes

Gastkommentar
von NENAD STOJANOVIĆ und LEA PORTMANN

Kritiker behaupten, die Schweizer Fussballnationalmannschaft sei kein richtiger Spiegel der Gesellschaft. Der Anteil der Spieler mit «Migrationshintergrund» sei höher als der entsprechende Anteil in der Bevölkerung. Der derzeitige «Nati»-Trainer ist zwar wie kein anderer Trainer vor ihm in der Lage, sich in den vier meistgesprochenen Sprachen der Schweiz korrekt auszudrücken. Nun sind aber bei ihm die Sprachkenntnisse im Vergleich zu ihrer Verbreitung in der Bevölkerung umgekehrt proportional ausgeprägt. Kurz: Die Meinung ist, die «Nati» und ihr Trainer seien nicht genügend «repräsentativ».

Die Idee, dass ein bestimmtes Gremium ein «Spiegel der Gesellschaft» sein sollte, ist auch in der Geschichte der repräsentativen Demokratie eine alte Crux. 1776, im Jahr der Amerikanischen Revolution, schrieb John Adams, späterer Präsident der USA, eine «repräsentative Versammlung» müsse «in der Miniatur ein exaktes Porträt des Volkes in seiner Gesamtheit» darstellen. Sogar die Schweizer Bundesverfassung gewährt seit 1999 dem Spiegelbild der politischen Repräsentation eine juristisch-moralische Kraft. So soll das Parlament bei der Wahl des Bundesrates Rücksicht darauf nehmen, dass verschiedene Sprachregionen angemessen vertreten sind. Im Volksmund ist gerade diese Art der sogenannten «deskriptiven» Repräsentation häufig im Gespräch; so gilt etwa ein Parlament mit tiefem Frauenanteil als nicht «repräsentativ».

Die Demokratie darf aber nicht rigoros auf einem deskriptiven Verständnis politischer Repräsentation basieren. Wo nur Tessiner die italienischsprachige Bevölkerung, nur Frauen die Frauen, nur Katholiken die Katholiken vertreten können, kommt man zum logischen Schluss, dass kein Bürger und keine Bürgerin von einer anderen Person als sich selber politisch repräsentiert sein kann. Damit wäre das ganze Konzept einer «repräsentativen Demokratie» – der Idee also, dass wir durch Wahlen Parteien und Kandidaten wählen, die uns im Parlament vertreten – vom Tisch – es bliebe nur die direkte Demokratie.

In einer Demokratie geht es vor allem um eine Politik der Ideen und die «substanzielle» Repräsentation. Bürgerinnen und Bürger wählen links oder rechts, liberal oder konservativ, umwelt- oder wirtschaftsfreundlich. Ein links-liberaler Romand fühlt sich doch eher durch die Bernerin Simonetta Sommaruga als durch den Waadtländer Guy Parmelin vertreten. Das heisst indes nicht, dass Demokratien völlig unsensibel gegenüber der (deskriptiven) Untervertretung bestimmter Gruppen sein sollten. Vielfältig besetzte politische Gremien sind wichtig, damit unterschiedliche Interessen in

den politischen Diskurs einfließen und Kommunikationsbrücken entstehen können. Mangelnde deskriptive Repräsentation kann ausserdem auch ein Zeichen dafür sein, dass Minderheiten irgendwo im demokratischen Verfahren diskriminiert werden. Vielleicht werden die entsprechenden Kandidaten häufiger auf den Wahlzetteln gestrichen, oder sie schaffen es parteiintern nicht, nominiert zu werden. Solche Diskriminierungen darf eine Demokratie nicht dulden.

Allerdings ist es schwierig, bei Wahlen etwas dagegen zu unternehmen, da das Diskriminierungsverbot in der Bundesverfassung mit der Grundnorm der politischen Rechte – freie Willensbildung und unverfälschte Stimmabgabe – in Konflikt steht und Letztere dabei Vorrang hat. Nur indirekt – z. B. über Quoten auf Parteilisten oder eine geschickte Aufteilung der Wahlkreise – lassen sich die Wahlchancen bestimmter Minderheiten erhöhen.

Im Wahljahr 2015 wurden 32 Prozent (Nationalrat) bzw. 15 Prozent (Ständerat) Frauen ins eidgenössische Parlament gewählt. Gemäss Resultaten aus unserem SNF-Projekt zu Diskriminierungen bei Wahlen haben 6 bis 7 Prozent der Schweizer Parlamentarier (beide Räte) einen «nicht-schweizerischen» Nachnamen, während etwa 20 Prozent der Bürger einen Migrationshintergrund haben. Wenn wir die gleiche Methode für die «Nati» anwenden, finden wir, dass 57 Prozent der Spieler kein typisches Schweizer Geschlecht haben (Stand: 5. 6. 16).

Die Parallelen zwischen Fussball und Politik enden hier aber. Demokratie basiert auf der Grundidee der politischen Gleichheit: Jeder darf abstimmen und wählen, jeder darf gewählt werden. Es gibt keinen Test der Kompetenz, des Talentes, der Leistung. Dies ist gleichzeitig Segen und Fluch der Demokratie. Nicht alle aber können Fussball spielen, und nur ganz wenige schaffen es in die Nationalmannschaft. Es müssen die Fähigsten sein, denn am Ende werden ein Team und sein Trainer nur am Resultat gemessen. Wie in der Politik das Resultat einer Legislaturperiode zu beurteilen ist und wer dafür geradestehen sollte, ist hingegen weniger eindeutig.

Die Welt ist voll von offensichtlich inkompetenten und korrupten Politikern, die oft in der Lage sind, dem Volk eigene Misserfolge als Erfolge zu verkaufen. Damit wir Politiker wählen können, die uns – und vor allem unsere Ideen – vertreten, braucht es in erster Linie Transparenz und faire Institutionen.

Nenad Stojanović ist SNF-Ambizione-Stipendiat und Visiting Research Scholar an der Universität Princeton. Sein Buch über Quoten wurde bei Presses de Sciences Po und Il Mulino publiziert; Lea Portmann ist Assistentin am Politikwissenschaftlichen Seminar der Universität Luzern.